

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 60 38/39
Telefax: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Gernot Erler MdB zu
Untiefen in der aktuel-
len europäischen Si-
cherheitsdiskussion:
Ende der Bombe statt
"Ende der Geschichte."
Seite 1

Professor Dr. jur. Erich
Küchenhoff zur Not-
wendigkeit, der Mieten-
Explosion mit der Ver-
fassung entgegenzu-
treten; Das Sozial-
staatsgebot präzisie-
ren.
Seite 4

Detlev von Larcher
MdB zur endlosen Ge-
schichte um die Steu-
ern, Möllemann und
den Subventionsab-
bau: Nur noch als Mär-
chen zu bewältigen.
Seite 4

47. Jahrgang / 11

16. Januar 1992

Ende der Bombe statt "Ende der Geschichte"

Zu Untiefen in der aktuellen europäischen Sicherheitsdiskussion

Von Gernot Erler MdB

Das beste Bild zur Beschreibung der gegenwärtigen westlichen Sicherheitsdiskussion wäre eine Darstellung von Wechselbädern. Da gibt es die Genugtuung über den Zusammenbruch des Kommunismus, der auch das Ende operativer Fähigkeiten des Gegners von gestern, der Sowjetarmee, mit sich bringt. Eine Zeitlang schien sich alles zum Besseren zu wenden: Ende der sowjetischen Präsenz in Mitteleuropa, Auflösung des Warschauer Pakts, ökonomische und gesellschaftliche Konvergenz in den Nachfolgerepubliken der ehemaligen Sowjetunion. Das Wort des Francis Fukuyama, stellvertretender Direktor in Bakers Planungsstab, vom "Ende der Geschichte" zugunsten des Obsiegens einer rationalen Gesellschaftsform für ewig schien die Situation zutreffend zu erfassen.

Inzwischen gewinnen besorgtere Stimmen die Oberhand. Als müsse er sich direkt mit dem Triumphalismus à la Fukuyama auseinandersetzen, erklärte CIA-Direktor Gates am 18. Dezember 1991 in einer nachsenswerten Rede vor dem amerikanischen Streitkräfteausschuß: "Die Geschichte ist nicht beendet. Sie war nur eingefroren und schlägt nun mit einer Rachsucht zurück, deren Gefahr die Amerikaner verkennen." Kein Thema beschäftigt die amerikanische Öffentlichkeit derzeit mehr als die Frage der Sicherheit der umfangreichen Atomarsenale auf dem Boden der sowjetischen Nachfolgerepubliken. Von außen beobachtet klingt es manchmal so, als hätte der westlichen Welt nichts Gefährlicheres passieren können als der Zusammenbruch seiner kommunistischen Gegenwart.

Der rationale Kern dieser neuen Ängste bezieht sich auf die Kontrolle der ehemals sowjetischen Atomwaffen. Jeder sorgt sich über das schamlose Gezerre innerhalb der "Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)" bei der Aufteilung der Waffen, die bis vor kurzem Insignien einer Weltmacht waren. Die westliche, vor allem die amerikanische Diplomatie versucht, mit sicherheitspolitischen Initiativen Gefahren abzuwehren. So betont der Westen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortlich: Erwin
mit normalen Rohstoffen
Recycling-Papier



- sein Interesse an möglichst nur einem legitimen Nachfolger der Atommacht Sowjetunion: am liebsten wäre es uns, wenn alle circa 27 - 30.000 sowjetischen Atomsprengköpfe unter die Kontrolle der Russischen Föderation Jelzins kämen;
- sein Interesse an der Aufrechterhaltung eines mehrstufigen, elektronisch gesicherten Sicherungssystems, besonders bei den strategischen Waffen;
- seine Hoffnung, daß die Bush-Gorbatschow-Initiative zur Beseitigung der taktischen Atomwaffen auch unter den veränderten Bedingungen noch eine Chance bekommt.

Die GUS-Regierungen, besonders die mit Verfügung über strategische Atomwaffen (neben der Russischen Föderation die Ukraine, Bjelorus und Kasachstan) werden gedrängt, die KSE-Verbindungen von 1990 anzuerkennen und sich dem Atomwaffensperrvertrag sowie dem Safeguard-System der IAEA zu unterwerfen. Außerdem sucht man geradezu fieberhaft nach Garantien gegen den Ausverkauf sowjetischen Atom-Know-Hows, sowie entsprechender Materialien, Technologien und Spezialisten an interessierte atomare Schwellenländer.

Alle diese Ängste und Aktivitäten lassen sich verstehen und nachvollziehen. Sie bleiben allerdings an der Oberfläche, dringen nicht zum Kern der Sache vor. In Wirklichkeit sind derzeit keine unmittelbar für den Westen bedrohlichen militärischen Gefahren durch das sowjetische Atomerbe abzuwehren, und schon gar nicht läßt sich das tatsächliche Sicherheitsproblem durch Vertragsunterschriften von GUS-Regierungen aus der Welt schaffen.

Das tatsächliche Sicherheitsproblem rührt daher, daß schon immer jede Sicherheitspolitik, die die Existenz von Atomwaffen akzeptiert, auf die strikte Rationalität und Zivilisiertheit aller Beteiligten angewiesen war. Dies haben Atomwaffen mit modernen großtechnischen Systemen gemein. Das einzige Produkt atomarer Arsenale ist Abschreckung. Sie funktioniert ausschließlich dort, wo sie sich auf das rationale Kalkül des Abzuschreckenden verlassen kann. Wenn es nach Hiroshima und Nagasaki noch zu keinem Atomwaffeneinsatz gekommen ist, dann verdanken wir dies dem Zufall, daß bisher alle Regierungen und Politiker mit Verfügungsgewalt über Atomwaffen innerhalb rationaler Diskurse handelten und die Mechanismen von Abschreckung und Selbstabschreckung folglich funktionierten.

Eine einzige Atomwaffe in der Hand eines einzigen irrational reagierenden Politikers bringt das ganze Gebäude unseres hergebrachten atomaren Sicherheitsdenkens zum Einsturz.

Die politischen Abläufe auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion sind derzeit so, daß zwei mit dem atomaren Weltsystem völlig unvereinbare Möglichkeiten nicht ausgeschlossen werden können. Der Zugriff von Irrationalität auf die Bombe und die Auflösung kontrollfähiger staatlicher Strukturen überhaupt. Rationalität taugt nichts, wenn sie sich nicht praktisch durchsetzen kann.

Die Auflösung kontrollfähiger staatlicher Strukturen bedroht nicht nur die unabdingbare Sicherungsverwahrung der atomaren Waffen und ihre Nonproliferation. Zu Unrecht blenden wir (trotz der Tschernobyl-Erfahrung) aus, welch Unheil in einem Außerkontrollegeraten von Kernkraftwerken und anderen großtechnischen Anlagen bestehen kann. Komisch, daß bei uns jede Provinzzeitung ihre Leser über die 11.000 strategischen und über 16.000 taktischen Atomsprengköpfe der Ex-UdSSR aufklärt, aber nicht über die zu normalen Zeiten schon höchst an-

fälligen RBMK-Reaktoren (Typ Tschernobyl), WWER - 440/W-230-Reaktoren (wie Greifswald 1-4) und WWER - 440/W-213-Reaktoren (wie Greifswald 5-8), die zu Dutzenden in der Ukraine und der Russischen Föderation betrieben werden und deren Sicherheitsstandards sich in der entwickelnden Wirtschafts- und Versorgungskrise rapide verschlechtern. Der bulgarische Horror-Reaktor in Kosloduj, wo das russische Fachpersonal wegen Nichtbezahlung einfach ersatzlos abzog, ist kein Einzelfall. Großtechnologie, vor allem aber jede zivile oder militärische atomare Technologie ist dauerhaft auf stabile gesellschaftliche Verhältnisse angewiesen. Nimmt man die Endlagerung hinzu, die bisher auch im Westen weder für die Reaktor- noch Waffenabfälle in irgendeiner Weise langfristig gelöst ist, dann haben wir von der Notwendigkeit stabiler Verhältnisse über Dutzende von Generationen zu sprechen.

Zu Beginn dieses Jahres sind in mehreren GUS-Republiken verwaltungsmäßig und ökonomisch chaotische Verhältnisse entstanden, die keineswegs vor der Rüstungs- und Atomindustrie Halt machen. Die Moskauer zentralen Leitungsinstitutionen wurden aufgelöst, bevor andere wirksame Strukturen sich entwickeln konnten. Die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie werden von einem Tag auf den anderen mit dem Ausbleiben des "Staatsauftrags" konfrontiert, ohne daß ein soziales Sicherungssystem schon funktioniert und ohne daß eine private Nachfrage schon vorhanden wäre, auf die man sich im Zuge von Konversion einstellen könnte. Riesige Stäbe von bisher privilegierten Spezialisten aus Forschung, Entwicklung und Produktion stehen plötzlich vor dem ökonomischen Ruin und wissen nicht, wie sie ihre Familien ernähren sollen. Sie haben wenig Alternativen dazu, ihre Fähigkeiten im Ausland anzubieten.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion löst also höchst widerspruchsvolle und komplizierte Prozesse aus. Er widerlegt die Prognosen, daß einst ein Gaddhafi oder Saddam mit der Bombe in der Hand die Instabilität des atomaren Sicherheits-Weltsystems beweisen würden. Wir brauchen nicht mehr zu warten. Der Crash des Kommunismus beseitigt zwar die "Gefahr des Großen Krieges" im Zuge des ostwestlichen Systemantagonismus, aber ebenso schonungslos führt er uns die Unvereinbarkeit der politischen Ökonomie der Übergangsgesellschaften, die wir gerade in ganz Osteuropa studieren können, mit der technischen Ausrüstung einer Supermacht vor. Nicht die Waffe sind die Gefahr, sondern diese politische Ökonomie selbst in ihrer Krisenhaftigkeit. Es gibt keine atomare Sicherheit, es sei denn in den historisch singulären Umständen allseitiger Rationalität und linearer ökonomischer Prosperitäts-Entwicklungen, auf die sich auf Dauer niemand verlassen kann. Die Warner hatten recht, aber die Belege dafür tauchen an unerwarteter Stelle auf.

Wir müssen uns also von mehr verabschieden als den alten Bedrohungsszenarien und dem vertrauten Feindbild. Die Stunde unseres System-Triumphes findet uns mit untauglichen Waffen vor gegen die plötzlich auftauchenden Gefahren, die dieser Triumph erst freisetzt. Der "Wind des Wechsels" durchheilt den Osten, macht aber an keiner geographischen Westgrenze halt.

(-/16. Januar 1992/rs/ks)

Das Sozialstaatsgebot präzisieren

Zur Notwendigkeit, der Mieten-Explosion mit der Verfassung entgegenzutreten

Von Professor Dr. jur. Erich Küchenhoff

Mitglied des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ)

Im Hinblick auf die öffentliche Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion "Offene Vermögensfragen - Soziale Eigentums- und Wohnungsprobleme in den neuen Bundesländern am 16./17. Januar 1992 und mit Bezug auf die unsoziale Explosion der Wohnungs- und Geschäftsraum-Mieten (insbesondere mit dem 1. Oktober 1991 in den neuen Bundesländern) fordert die ASJ Abhilfe durch entsprechende Konkretisierung und Präzisierung des grundgesetzlichen Sozialstaatsgebots im endgültigen Grundgesetz und in den neuen Landesverfassungen. Notwendig ist vor allem eine verfassungsrechtliche Auslegungsregel, daß "bei der Abwägung der Interessen des Nutzers und des Eigentümers einer Wohnung der überragenden Bedeutung der Wohnung für die Führung eines menschenwürdigen Lebens besonderes Gewicht beizumessen ist" (so Artikel 25 I des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches; sinngemäß gleich auch die Verfassungsentwürfe Brandenburg und Kuratorium).

Eine solche soziale Grundrechtsbestimmung würde den schweren Belastungen ein Ende machen, denen jetzt Millionen der Menschen in den neuen Ländern nicht nur durch exzessive Ausnutzung von Eigentümerpositionen sondern auch durch deren Duldung durch Staatsorgane ausgesetzt sind, welche trotz ihres Redens von sozialer Marktwirtschaft sowohl das Sozialstaatsgebot als auch die Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums gemäß Art. 20 I/26 I beziehungsweise 14 II GG außer Acht lassen. In ihrer Formulierung als reine Auslegungsregel würde eine solche soziale Grundrechtsbestimmung auch nicht der Polemik ausgesetzt sein, "ein einklagbares subjektiv-öffentliches Recht auf eine passende Wohnung" garantieren zu wollen und damit auch die Wohnungssuchenden irreführen.

(-/16. Januar 1992/st/ks)

Nur noch als Märchen zu bewältigen

Zur endlosen Geschichte um die Steuern, Möllemann und den Subventionsabbau

Von Detlev von Larcher MdB

Mitglied im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Als Mitglied im Finanzausschuß müßte ich nun zum wiederholten Male darauf eingehen, wie wenig im steuerlichen Bereich von dem großspurig angekündigten Subventionsabbau tatsächlich übrig geblieben ist.

Wir haben das oft genug vorgerechnet. Nun könnte man sagen: repetitio est mater studiorum. Aber zum hundertsten Male? Dazu habe ich keine Lust. Und außerdem: hier wird ja von der Bundesregierung bewußt gemogelt und camouffiert und nicht studiert.

So weit in der Vorbereitung gekommen, fragte ich mich: was tun? Da fiel mir ein Märchen ein. Das will ich Ihnen erzählen. Es fängt an, wie alle Märchen, mit: es war einmal...

Also: Es war einmal ein Diener. Der diente dem Volk mehr schlecht als recht zu der Zeit, da Fürst Helmut in Germanien regierte. Dieser Diener dachte Tag und Nacht nichts anderes, als wie er dem Volke groß und einflußreich erscheinen könne. Denn er wollte mehr als nur ein Diener sein. Er wollte unbedingt den Grafen beerben.

Eines Tages besorgte sich unser Diener ein wunderschönes, goldenes Gerät. Das glänzte so schön in der Sonne und der Diener zeigte es dem staunenden Volk via Medien und tänzelte damit auf dem Rasen seines Patais, wie ein Pfau. Und er pries sein Gerät als Wunderwerkzeug.

Doch es zeigte sich gar bald, daß dies Gerät zwar schön funkelte, aber zur Arbeit gar nicht taugte. Es hatte technische Mängel und seine Gebrauchsanweisung war so kompliziert, daß unser Diener damit nicht zu Rande kommen konnte. Auch war die Mäharbeit für unseren Diener viel zu mühselig. Denn flotte Sprüche - da war er in seinem Element, aber hart und gewissenhaft arbeiten, das war nun seine Sache freilich nicht.

Und auch die anderen Diener halfen ihm nicht und der, der in dieser Sache eigentlich am engsten mit ihm zusammenarbeiten sollte, stellte ihm gar mehrfach ein Bein. Den Fürsten Helmut aber, den Interessierten solche Sachen schon gar nicht. Den interessierte nur sein eigener Ruhm oder er saß mal wieder aus.

Vielleicht aber war es auch so, daß kurz bevor er zu mähen anfangen wollte, ein Chor von bösen Geistern gar furchtbar laut rief:

Ihr Subventionen fliehet alle fort,
Jürgen Großmaul kommt an diesen Ort,
will zehn Milliarden fangen!

Da verschanzten sich die Subventionen, alarmierten ihre Verteidiger und an dieser Phalanx prallte unser Dienerlein mit samt seinem Glitzerding so hart ab, daß es nur so krachte. Jedenfalls konnte er statt zehn Milliarden nur 67 Millionen in seine Scheuer einfahren.

Da fuhr unserem Diener für einen Augenblick der Schreck mächtig in die Glieder. Hatte er doch öffentlich versprochen, bei einem solch mageren Ergebnis seinen Platz für einen besseren Diener freizumachen. Doch bald faßte er sich wieder und sagte: was geht mich mein Geschwätz von gestern an? Und außerdem dachte er bei sich: Wenn auch die zehn Milliarden nicht zu kriegen waren... da gab es doch einmal des Kaisers neue Kleider! Wenn ich nur oft genug behaupte, ich hätte sie doch eingefangen, dann wird das dumme Volk das gar bald glauben, denn es ist ja nicht in der Lage, dies Subventionsdickicht zu durchdringen.

So dachte das freche Kerlchen und weiter dachte es sich: wenn ich dann alsbald andere dumme Sprüche mache, werden die Medien, aufmerksam wie sie sind, wieder dafür sorgen, daß ich in aller Munde bin, doch diesmal mit einer anderen Seifenblase. Und wenn die dann auch platzt, mache ich eine neue und dann wieder eine neue und dann wieder. Und jedes Mal wird die neue Seifenblase wie ein schönes Blendwerk die alten verblassen lassen.

So dachte der alte Schlaumeier, denn er hielt das Volk, wie gesagt, für gar dumm und vergesslich. Doch er hatte nicht mit der Hartnäckigkeit der bösen Fee Ingrid und ihrer Gehilfen gerechnet. Die gab es nicht nur in den Reihen der Volksvertreter reichlich, sondern sogar bei Hofe: Hofnarren und einige Herolde. Sie alle sorgten dafür, daß das böse Spiel herauskam und jeder sehen konnte, daß unser Diener nackt vor seiner fast leeren Scheune stand.

Seither werden Lasterreime im Volk herumgerelcht, etwa:

"Ein Wort - ein Mann
Ein Wortbruch - ein Möllemann."

oder "Möllemann? Theaternummer-Lachnummer-Nullnummer!"

oder ein typischer Möllemann: "viel Wirbel, Möllemann auf allen Kanälen, leider kein Erfolg!"

Jedoch sagt sich auch das Volk: "Jede Regierung braucht einen Buffol!"

Ganz böse und gemeine Lacher rund Schießler legen gar seiner Mutter folgendes in den Mund: "Unser Lauserle ist so gestört. Richtig unfähig. Na ja, wir werden schon a Platzerl für ihn finden. Notfalls schleben wir ihn in die Regierung ab."

Viele aber wollen ihn doch im Amte behalten, "weil er so einen hohen Unterhaltungswert hat und ja nun mal anderweitig so schwer vermittelbar ist".

Seine Freunde aber murmeln schon leise - und das Murmeln wird immer lauter:

"Lieber Kinkeln statt Klingeln
lieber Kinkeln statt Klingeln!"

Und wenn er nicht gestorben ist, macht er noch heute seine Seifenblasen.

Jeder weiß oder könnte doch nun wissen, was von den Worten und Auftritten unseres Ministers Möllemann zu halten ist. Sein Märchen vom Subventionsabbau haben nicht nur wir hier im Bundestag wiederholt widerlegt. Die Wirtschaftsblätter und Tageszeitungen haben das ebenfalls mehrfach getan. Das Finanzministerium entlarvt ihn schriftlich als notorischen Aufschneider. Sogar in Provinzblättern wurde sein Gerade als Mogelei entlarvt und er wurde aufgefordert, seine Rücktrittsankündigung wahr zu machen.

Mein Sohn Stephan fragt mich - und mit ihm fragen sich viele - "Wie kann so einer Minister sein und bleiben?"

Soll man sagen, Kanzler Kohl habe wahrscheinlich in seinem Kabinett einen Wettbewerb um das größte Windei ausgeschrieben und der Wettbewerb laufe noch und sei noch nicht entschieden?

Oder gibt die von mir schon zitierte Münchner Lach und Schieß, der ich herzlich für die Zitate danke, die richtige Antwort, wenn sie sagt: "Paß mal auf, Hansi, dieser Möllemann ist im Grunde nur die visuelle Aufbereitung der allgemeinen mittelmäßigen Beschränktheit."

Es kann aber auch sein, daß sich das Phänomen Möllemann so erklären läßt: Wir "normalen" Sterblichen rechnen nach Adam Riese, beispielsweise 2+2=4. Herr Möllemann hat jedoch seine eigene Rechenmethode: er nimmt jede Zahl, die er sieht mindestens für das Doppelte. Also 2+2=8. Aber dann wäre ja seine vier vor dem Komma der Besoldungserhöhung für die Beamten mindestens eine acht. Warum dann die Aufregung bei den Gewerkschaften?

Aus 67 Millionen werden bei ihm sogar fünf Milliarden also fast das Hundertfache. Auf jeden Fall Theo: hüte Dich und Deine Kasse vor dem flotten Jürgen. Vielleicht trifft aber auch Lach und Schieß in's Schwarze, wenn sie Möllemann sagen läßt: "Ich glaube mir nicht, was ich weiß."

(-/16. Januar 1992/st/ks)
